36. 1. Bedarf die Erklärung, die die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren auf erhobene Privatklage gemäß § 417 Abs. 2 StPD. abgibt, einer besonderen Form?

2. Welche Bedeutung und Wirkung hat die Übernahme-Erklärung? In welchen Formen und vor welchem Gericht ist nach ihrer Abgabe das Verfahren weiterzuführen?

3. Kann die Sache, auf die sich die Übernahme-Erklärung bezieht, mit anderen Strafsachen, die bei dem Landgericht anhängig sind, gemäß §§ 2 flg. StPD. verbunden werden? Kann diese Verbindung dadurch geschehen, daß das Landgericht wegen der bei ihm anhängigen Strafsachen und wegen der im Privatklageverfahren verfolgten strafbaren Handlung in demselben Beschlusse das Hauptverfahren vor dem Landgericht eröffnet?

4. Ist in solchem Falle die Einrede der Rechtshängigkeit begründet, wenn das Verfahren vor dem Schöffengericht zur Zeit der Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Landgericht und zur Zeit der Hauptverhandlung vor diesem Gerichte nicht eingestellt war?

StPD. §§ 417, 424, 429, 2, 3, 4.

WG. § 27 Ziff. 3.

IV. Straffenat. Ur. v. 14. Juni 1912 g. R. IV 337/12.

I. Landgericht Leipzig.

Gründe:

„Den Prozeßbeschwerden des Angeklagten liegen folgende Vorgänge zugrunde:

Durch eine vom 23. Mai 1911 datierte, am 25. Mai 1911 eingegangene Eingabe erstattete der Privatmann B. bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht zu L. gegen den Angeklagten R. Anzeige wegen Erpressung und wegen der von diesem durch die Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft vom 27. Dezember 1910 und 24. Januar 1911 sowie durch den Brief an Rechtsanwalt Dr. Sch. vom 23. Februar 1911 begangenen Beleidigungen (zu Ia—c des angefochtenen Urteils). Der Erste Staatsanwalt verfügte hierauf am 26. Mai 1911 folgendes: „Soweit Beleidigung in Frage kommt, liegt zur Übernahme der Strafverfolgung kein Anlaß vor. Dem Antragsteller bleibt überlassen, Privatklage zu erheben.“

Am 24. Juni 1911 ging bei derselben Staatsanwaltschaft eine weitere Anzeige des B. gegen den Angeklagten R. ein, worin wegen der von letzterem in den Sitzungen des Vereins G. ausgesprochenen mündlichen Beleidigungen Strafantrag gestellt und um „die Übernahme der Sache im öffentlichen Interesse“ ersucht, ferner mitgeteilt wurde, daß R. in den Vereinsitzungen auch in bezug auf den Staatsanwalt Dr. N. beleidigende Äußerungen getan habe. Auf diese Anzeige hin nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen vor. Am 25. Juli 1911 verfügte sie folgendes: „a) Entschliebung über Stellung von Strafantrag und bezüglich Übernahme der Strafverfolgung im öffentlichen Interesse soll zunächst vorbehalten bleiben. b) Vernehmung des Beschuldigten R.“

Inzwischen hatte B. durch einen bei dem Amtsgerichte zu L. am 12. Juli 1911 eingegangenen Schriftsatz wegen beleidigender Äußerungen, die vom Angeklagten R. in den Versammlungen des Vereins G. gegen ihn getan worden waren, Privatklage erhoben. Der Amtsrichter hat am 12. Juli 1911 die Zustellung einer Abschrift der Klage an R. und die Mitteilung einer Abschrift der Klage an die Staatsanwaltschaft verfügt. Diese Abschrift wurde dem R. am 22. Juli 1911 zugestellt. Seine Erwiderungsschrift ging dem Amtsgericht am 29. Juli 1911 zu. Am 12. September 1911 wurde gegen R. das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet, weil

er hinreichend verdächtig erscheine, „den B. dadurch beleidigt und wider besseres Wissen in Beziehung auf ihn unwahre Tatsachen behauptet zu haben, die ihn verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzumwürdigen geeignet seien, daß er in einer Anfang 1911 stattgefundenen Sitzung des Vereins »G.«, der bezwecke, eine dem Gemeindearbeiter B. G. zugefallene Erbschaft flüssig zu machen, und dessen Vorsitzender R. sei, unter anderem erzählt habe, der Privatkläger sei der größte Lump und Verbrecher, den man sich denken könne, dieser habe Frau L., eine Schwester des Gemeindearbeiters G., ermordet und die im Besitze der L. gewesenen Papiere und Nachweise für deren Erbberechtigung an sich gerissen, daher rühre das im Besitze des Privatklägers befindliche Vermögen“.

Termin zur Hauptverhandlung wurde zunächst auf den 14. Oktober 1911, dann auf den 13. Dezember 1911 bestimmt.

Am 16. August 1911 wurde R. durch den als Staatsanwalt tätigen Gerichtsassessor Dr. M. verantwortlich vernommen. Er sagte bei dieser Vernehmung unter anderem aus, daß er zugebe, die Schriftstücke vom 27. Dezember 1910, 24. Januar 1911 und 23. Februar 1911 verfaßt zu haben, und bemerkte zu der Beschuldigung wegen der mündlichen Beleidigungen des B., daß er dieserhalb bereits mittels Privatklage belangt worden sei. Am 30. September 1911 wurden die staatsanwaltschaftlichen Akten dem Ersten Staatsanwalt zur Entschliebung darüber vorgelegt, ob die Strafverfolgung wegen der dem B. zugefügten Beleidigungen übernommen werde. Der Erste Staatsanwalt verfügte darauf am 2. Oktober 1911 unter Aufhebung des Beschlusses vom 26. Mai 1911 die Übernahme der Strafverfolgung wegen dieser Beleidigungen.

Die Staatsanwaltschaft erhob nunmehr unter dem 5. Dezember 1911 gegen R. wegen sämtlicher gegen B. begangener Beleidigungen und wegen der Beleidigung des Staatsanwalts Dr. M. schriftlich Anklage bei dem Landgericht zu L. und setzte unter dem gleichen Tage in die am 4. Dezember 1911 kurzerhand beigezogenen Privatklageakten folgenden Beschluß: „Die Akten gelangen zurück an das Amtsgericht hier mit dem Bemerken, daß unter dem heutigen Tage wegen der im Eröffnungsbeschluß vom 12. September 1911 wiedergegebenen Beleidigungen öffentliche Klage erhoben worden ist,

und mit dem Antrage, das Privatklageverfahren insolgedessen einzustellen und alsdann die Akten wieder vorlegen zu wollen.“ Das Amtsgericht hat, ohne über den Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu entscheiden, am 6. Dezember 1911 den Termin vom 13. Dezember 1911 aufgehoben und die Privatklageakten der Staatsanwaltschaft ohne Vorbehalt übermittelt.

Am 8. Dezember 1911 ist dem Landgericht zu L. die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft gegen R. zugegangen. Daraufhin hat die Strafkammer am 20. Dezember 1911 gegen R. das Hauptverfahren vor der Strafkammer zu L. antragsgemäß eröffnet, darunter wegen der Beschuldigung, „in den Sitzungen des Vereins G. vom Januar bis April 1911 in L. den B. durch Ausdrücke, wie: er sei der größte Lump, Verbrecher in L., Mörder der Frau L., Erbschleicher, er habe sich den Erbschaftsschein der G.'schen Erbschaft angeeignet und das viele Geld unterschlagen, beleidigt und zugleich in Beziehung auf ihn nicht erweislich wahre Tatsachen, welche ihn verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, behauptet zu haben“ (zu Id des Urteils).

In der Hauptverhandlung vor der Strafkammer vom 30. Januar 1912 wurde der Angeklagte wegen einer Beleidigung des Staatsanwalts Dr. A. und wegen vier selbständiger Beleidigungen des B. verurteilt. Hinsichtlich der Anklage wegen Beleidigung im Verein G. wurde der Angeklagte schuldig befunden, „gelegentlich seiner Vorträge und der Besprechungen in den Sitzungen des Vereins G. behauptet zu haben, daß B. nach Maßgabe seines Verhaltens in der G.'schen Erbschaftssache ein Lump, Bagabund, der größte Verbrecher in L. sei, die Frau L. umgebracht, sich die G.'schen Erbschaftspapiere rechtswidrig angeeignet und Erbschaftsgeld unterschlagen habe“. Die Strafkammer hat hierin eine fortgesetzte, einheitliche Beleidigung des B. gefunden und deswegen gegen den Anklagten eine Einsaßstrafe von 2 Monaten Gefängnis ausgesprochen.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Tat, wegen deren im Privatklageverfahren das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet worden war, auch nach dem die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der Strafkammer betreffenden Beschlusse Gegenstand der Anklage geworden und in dem angefochtenen Urteil zur Strafe gezogen ist.

Der Beschwerdeführer beanstandet das Verfahren als prozessual unzulässig, indem er ausführt: „B. habe mit Schriftsatz vom 11. Juli 1911 wegen derselben Beleidigungen, wegen deren jetzt R. von dem Landgericht zu L. verurteilt worden sei, Privatklage erhoben. Auf Grund dieser Privatklage habe das Schöffengericht zu L. am 12. September 1911 das Hauptverfahren eröffnet und Termin auf den 14. Oktober 1911 bestimmt. Der Termin sei dann auf den 13. Dezember 1911 verlegt und dieser wieder aufgehoben worden. Eine Einstellung des Verfahrens sei nicht erfolgt. Obgleich sonach das Verfahren wegen der Beleidigungen des R. gegen B. rechtshängig gewesen sei, wäre durch Beschluß des Landgerichts vom 21. Dezember 1911 wegen der gleichen Straftaten auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein zweites Hauptverfahren eröffnet worden. Die Staatsanwaltschaft sei nun zwar berechtigt, jedes wegen Beleidigung anhängige Verfahren im öffentlichen Interesse zu übernehmen, sie könne das Verfahren aber nur in der Lage übernehmen, in der es sich bei Fassung des Übernahmebeschlusses befinde. Im vorliegenden Falle sei aber bereits das Verfahren vor dem Schöffengericht eröffnet und anhängig gewesen und hätte nur hier von der Staatsanwaltschaft übernommen werden können. Zum mindesten hätte das Verfahren vor dem Schöffengericht zunächst eingestellt werden müssen, ehe der zweite Eröffnungsbeschluß habe erlassen werden können.

Durch diese Prozeßbeschwerden werden die sonstigen im Urteil ausgesprochenen Verurteilungen nicht berührt. Die Beschwerden erstrecken sich in ihrer Wirkung nur auf die Verurteilung wegen der Beleidigung im Verein G. unter Id des Urteils. Sie müssen aber auch insoweit ohne Erfolg bleiben. Im einzelnen ist hierzu folgendes zu bemerken:

Im Beschlusse der Staatsanwaltschaft vom 5. Dezember 1911 ist — der Auffassung des Verteidigers entsprechend — die Erklärung zu finden, daß die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung derjenigen Beleidigungen übernehme, wegen deren B. Privatklage erhoben hatte. Bezüglich der schriftlichen Beleidigungen des B. (Ia—c des Urteils) hatte die Staatsanwaltschaft durch Verfügung vom 26. Mai 1911 die Übernahme der Verfolgung ausdrücklich abgelehnt. Hinsichtlich der hier in Betracht kommenden mündlichen Beleidigungen hat sie, ohne den Antragsteller sofort zu bescheiden, zunächst nur Ermittlungen

vorgenommen und dann in einem Beschlusse vom 25. Juli 1911 erklärt, daß sie sich die Entschliebung bezüglich der Übernahme der Strafverfolgung vorbehalte. Der Beschluß vom 26. Mai 1911 wurde erst am 2. Oktober 1911 aufgehoben und der Beschluß vom 5. Dezember 1911 wurde erlassen, nachdem die Staatsanwaltschaft unmittelbar vorher die Privatklageakten beigezogen und eingesehen hatte. Unter diesen Umständen kann der Beschluß der Staatsanwaltschaft vom 5. Dezember 1911 nur dahin verstanden werden, daß sie in ihm erklärt, in Gemäßheit ihrer Befugnis aus § 417 Abs. 2 StPD. die Strafverfolgung auch derjenigen Beleidigungen zu übernehmen, auf die sich die Privatklage bezog. Der Fall liegt, wie die Darstellung des Sachverhalts ergibt, anders als der in Entsch. des RG.'s in Straff. Bd. 45 S. 225 behandelte, in dem es zufolge früheren Eingreifens der Staatsanwaltschaft zur Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schöffengericht gar nicht gekommen war.

Es fragt sich deshalb zunächst, welche Bedeutung und Wirkung einer gemäß § 417 Abs. 2 StPD. abgegebenen Übernahme-Erklärung der Staatsanwaltschaft beizumessen ist. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts ist in dieser Beziehung schwankend.

Der III. Straffenat hat in dem Urteil vom 13. März 1884 (Entsch. Bd. 10, S. 237) ausgesprochen, daß das Schöffengericht, sobald ihm, gleichviel in welcher Lage des Verfahrens, eine die Verfolgung übernehmende Erklärung der Staatsanwaltschaft gemäß § 417 StPD. zugeht, das mit dem Fortfall des Privatklägers erlebte Privatklageverfahren durch Beschluß oder Urteil einzustellen und die Akten der Staatsanwaltschaft mitzuteilen habe, um die Sache nach Maßgabe der nunmehr anwendbaren Zuständigkeitsvorschriften weiter zu betreiben. Diese Entscheidung ist im wesentlichen darauf gestützt, daß nach der allgemeinen und unbedingten Fassung vom § 27 Nr. 3 GVG.: „wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht“, was bedeute, daß im Privatklageverfahren zu erkennen sei, von einer Zuständigkeit des Schöffengerichts für lediglich auf Antrag verfolgbare Beleidigungen immer nur so lange die Rede sein könne, als dem Schöffengericht ein die Verfolgung betreibender Privatkläger gegenüberstehe, daß aber unter allen Umständen und in jeder Lage des schöffengerichtlichen Verfahrens der Fortfall des Privatklägers auch die schöffengerichtliche Zuständigkeit beseitige. Mit der aus

§ 417 StPD. erfolgten Übernahmeerklärung der Staatsanwaltschaft und dem insfolgedessen stattfindenden Ersatze der Privatklage durch eine öffentliche Klage falle jedoch der Privatkläger ohne weiteres fort.

Dieser Auffassung hat sich der erkennende Senat in dem Urteil vom 26. Februar 1897 (Entsch. Bd. 29 S. 422) auch für einen Fall angeschlossen, in dem die Staatsanwaltschaft die Verfolgung erst nach Erlaß des im Privatklageverfahren ergangenen schöffengerichtlichen Urteils unter Einlegung der Berufung gegen dieses übernommen und das Berufungsgericht aus einem die Möglichkeit einer Privatklage ausschließenden, abweichenden rechtlichen Gesichtspunkte gemäß § 369 Abs. 3 StPD. als zuständiges Gericht erster Instanz erkannt hatte. Es ist dabei unter Bezugnahme auf § 429 StPD. hervorgehoben, daß nach der Anschauung des Gesetzes die Eröffnung des Hauptverfahrens auf erhobene Privatklage keine geeignete Grundlage für das regelmäßige Strafverfahren bilden könne und deshalb auch, wenn sich die Tat als eine im Wege der Privatklage nicht verfolgbare darstelle, stets ein ganz neues Verfahren mittels Erhebung der öffentlichen Klage einzuleiten sei.

Die in den erwähnten Urteilen niedergelegten Ansichten haben schon in der Rechtslehre, und zwar ziemlich einmütig, heftige Angriffe erfahren, indem der Standpunkt vertreten wurde, daß durch die Übernahmeerklärung der Staatsanwaltschaft das insolge der Privatklage einmal anhängig gewordene Verfahren nicht einfach beseitigt werden könne, vielmehr von der Staatsanwaltschaft in derjenigen Lage in der es sich zur Zeit der Übernahme befinde, fortzuführen sei. Ob dies in den Formen des Privatklage- oder des amtlichen Verfahrens zu geschehen habe, wird verschieden beantwortet.

Vgl. v. Kujawa, Goldb.'s Archiv Bd. 49 S. 10 flg.; Rahl, Deutsche Juristen-Zeitung Bd. 12 S. 1224; Hamm, ebenda S. 1230; Detker, Gerichts- und Anwalts-Zeitung Bd. 71 S. 299 und Würzburger Abhandlungen Heft 2; Binding, die Wirkungen des Eintritts der Staatsanwaltschaft in das Privatklageverfahren (Sonderabdruck aus Gerichts- und Anwalts-Zeitung Bd. 72).

Gegen die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichts hat neuerdings auch der II. Strafsenat in dem Urteil vom 23. Mai 1908 (Entsch. Bd. 41 S. 277) Bedenken erhoben und sich dafür erklärt, daß nicht eine Einstellung des schöffengerichtlichen Verfahrens, sondern

dessen Weiterführung durch die Staatsanwaltschaft zu erfolgen habe. Dem scheint der V. Strafsenat in dem Urteile vom 27. Oktober 1911 (Entsch. Bd. 45 S. 223) gleichfalls beizupflichten, während der I. Strafsenat, soweit ersichtlich, bisher noch keinen Anlaß gehabt hat, zu der vorliegenden Frage Stellung zu nehmen.

Der erkennende Senat tritt nach erneuter Prüfung im wesentlichen den vom II. Strafsenat geltend gemachten Bedenken bei und schließt sich unter Aufgabe seiner früheren Ansicht der neueren Anschauung an, wie diese in Rechtslehre und Rechtsprechung zum Ausdruck gelangt ist (vgl. Joh. Entsch. des Kammergerichts Bd. 36 S. 3; Samml. von Entsch. des bayerischen Obersten Landesgerichts in Straff. Bd. 8 S. 137, Bd. 9 S. 56).

Hierfür waren vornehmlich die nachstehenden Erwägungen maßgebend.

Schon der Wortlaut des § 417 Abs. 2, 3 StPD. steht der neueren Auffassung zur Seite, während ihm zur Stütze der früheren nichts zu entnehmen ist. Denn von einer Einstellung des Verfahrens als Folge der Übernahme wird nichts erwähnt, dagegen in Abs. 3 das „weitere Verfahren“ ausdrücklich geregelt. Daß hierbei nur an eine Weiterführung des Verfahrens gedacht sein kann, dafür spricht, abgesehen davon, daß in § 424 das. derselbe Ausdruck zweifellos in jenem Sinne gebraucht ist, der sachliche Grund, daß bei Einstellung des bisherigen Verfahrens und bei Einleitung eines völlig neuen Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft dieses letztere nach § 168 StPD. zur Erhebung der öffentlichen Klage weder überhaupt, noch wegen einer den Anschluß des Verletzten als Nebenklägers zulassenden Straftat zu führen braucht, insofern mithin die Bestimmung des § 417 Abs. 3 völlig gegenstandslos sein würde. Desgleichen müßte andernfalls der Schlußsatz in Abs. 2 das., wonach in der Einlegung eines Rechtsmittels seitens der Staatsanwaltschaft die Übernahme der Verfolgung erhalten ist, befremden. Denn wenn die Übernahme nach dem Willen des Gesetzes die Einstellung des Privatklageverfahrens mit Notwendigkeit herbeizuführen hätte, so würde das Beschreiten der Rechtsmittelinstanz eine inhaltsleere, dem auf Erwirkung einer höherinstanzlichen Sachentscheidung gerichteten Wesen des eingelegten Rechtsmittels widersprechende Förmlichkeit bedeuten, und es wäre schlechterdings nicht einzusehen, weshalb die Einstellung nicht als unmittelbare

Folge der nach ergangenem, noch nicht rechtskräftigem Urteil abgegebenen Übernahme-Erklärung angeordnet wäre.

Zu Unrecht ist ferner die den Schöffengerichten durch § 27 Nr. 3 StGB. in Privatklagesachen beigelegte Zuständigkeit zur Bestimmung der Tragweite von § 417 Abs. 2, 3 StPD. herangezogen worden. Denn wollte man auch nicht mit dem II. Straffenat (Entsch. Bd. 41 S. 282) Gewicht darauf legen, daß die Vorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes offenbar nur den Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens als den maßgebenden ins Auge fasse, so wird doch jedenfalls übersehen, daß naturgemäß dort nur Bestimmungen für die Regelfälle getroffen werden konnten und getroffen worden sind, während es sich bei § 417 StPD. um ein vom Gesetz gewolltes und, freilich bloß in den dürftigsten Umrissen, geordnetes außerordentliches (anormales) Verfahren handelt, das deshalb nicht aus diesen Regelvorschriften heraus als normwidrig für unzulässig und unmöglich erachtet werden darf.

Auch der aus § 429 StPD. entnommene Grund, daß der Eröffnungsbeschluß im Privatklageverfahren nach Auffassung des Gesetzes keine geeignete Grundlage für das regelmäßige Strafverfahren bilde, verliert schon dadurch an Bedeutung, daß er nach dem Wortlaut und Sinne der Vorschrift allein in denjenigen Fällen Beachtung beanspruchen könnte, in denen sich die Tat nachträglich als eine solche darstellt, auf die das Privatklageverfahren von Anfang an keine Anwendung erleiden konnte, und daß demnach jeder Anhalt dafür fehlt, daß der Gesetzgeber den im Privatklageverfahren erlassenen Eröffnungsbeschluß auch für Fälle der hier fraglichen Art als ungenügend angesehen wissen wollte. Insbesondere wird bei den hieraus hergeleiteten Angriffen nicht genügend gewürdigt, daß nach der Übernahme seitens der Staatsanwaltschaft sich das weitere Verfahren in den Formen des amtlichen (Offizial-)Verfahrens abzuspielen hat und somit den Prozeßbeteiligten die durch letzteres gewährten Sicherheiten, namentlich betreffs der Besetzung des Gerichts und des Umfangs der Beweisaufnahme im Berufungsverfahren, zur Seite stehen, wodurch die Gefahren eines ohne hinreichende Sachklärung erfolgten Eröffnungsbeschlusses wesentlich gemindert werden. Daß aber das weitere Verfahren nach den Bestimmungen stattfinden soll, welche für ein auf öffentliche Klage eingeleitetes Verfahren gegeben sind, folgt

als Wille des Gesetzes vor allem wiederum aus § 417 Abs. 3 StPD. Denn wenn dort angeordnet ist, daß „das weitere Verfahren“ sich nach den Vorschriften für den Anschluß des Verletzten als Nebenkläger im zweiten Abschnitt des V. Buches der Strafprozeßordnung richten soll, so ist zu beachten, daß die §§ 435 flg. daselbst das amtliche (Offizial-)Verfahren als solches zur Voraussetzung haben und daß demgemäß mit der Bezugnahme auf sie zugleich auf ein in den Formen des letzteren zu führendes Verfahren hingewiesen ist.

Sollten aber selbst in irgend einer Hinsicht Zweifel bestehen bleiben, die zugunsten der früheren Anschauung ins Gewicht fallen würden, so müßten sie doch hinter der aus dieser unvermeidlich sich ergebenden Folge zurückstehen, daß die Staatsanwaltschaft durch die Erklärung der Übernahme selbst ein vom Gericht erlassenes Urteil, das von keiner Partei, weder vom Privatkläger, noch vom Angeklagten angefochten wird, einfach aus der Welt zu schaffen vermöchte. Dies wäre staats- wie prozeßrechtlich etwas so Ungeheuerliches, daß es ohne einen ausdrücklichen und bestimmten Ausspruch nicht als Absicht des Gesetzgebers angesehen werden kann und daß deshalb schon mit Rücksicht hierauf die bisherige Ansicht des Reichsgerichts aufgegeben werden muß.

Der erkennende Senat trägt daher kein Bedenken, dies seinerseits zu tun und die Bedeutung und Wirkung einer gemäß § 417 Abs. 2 StPD. abgegebenen Übernahme-Erklärung der Staatsanwaltschaft darin zu erblicken, daß an Stelle des Privatklägers, welcher seinerseits zum Nebenkläger wird, lediglich der öffentliche Ankläger tritt, und daß dieser das Verfahren, und zwar in den für ein solches auf erhobene öffentliche Klage maßgeblichen Formen, in der Lage weiterzuführen hat, in der es sich zur Zeit der Übernahme befindet.

Der vorliegende Fall gibt aber trotzdem keinen Anlaß, eine Entscheidung der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts nach § 137 GG. herbeizuführen. Denn die erhobenen Prozeßbeschwerden können, sowohl wenn man der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts beipflichtet, als wenn man der hier vertretenen Ansicht folgt, als begründet nicht erachtet werden.

Die Prozeßbeschwerden gehen dahin, daß das Verfahren wegen der Beleidigungen A.'s gegen B. rechtshängig gewesen sei und daß trotzdem wegen der gleichen Straftaten auf Antrag der Staats-

anwaltschaft ein zweites Hauptverfahren eröffnet worden sei, und zwar vor dem Landgericht, während die Staatsanwaltschaft die Verfolgung nur in der Lage des eingeleiteten Verfahrens und nur vor dem Schöffengericht hätte übernehmen können, und daß zum mindesten das Verfahren vor dem Schöffengericht einzustellen gewesen wäre, ehe der zweite Eröffnungsbeschluß hätte erlassen werden dürfen.

Zweifellos hatte der Angeklagte einen Anspruch darauf, wegen derselben Straftat nicht gleichzeitig vor zwei Gerichten verfolgt zu werden. Das ist aber auch — mindestens dem Erfolge nach — nicht geschehen.

Der Amtsrichter hat das Verfahren vor dem Schöffengericht zwar zunächst nicht durch einen förmlichen Beschluß eingestellt, wie es von der Staatsanwaltschaft beantragt worden war. Er hat aber den vor dem Schöffengericht anberaumten Verhandlungstermin ohne Vorbehalt aufgehoben und die Privatklageakten an die Staatsanwaltschaft abgegeben, nachdem diese die Verfolgung der Sache vor dem Landgericht als den Zweck der Aktenabgabe bezeichnet hatte. Es hat demnach nach der Übernahme-Erklärung der Staatsanwaltschaft vor dem Schöffengericht eine Verfolgung gegen R. weder stattgefunden, noch in der Absicht des Amtsrichters gelegen. Bei dieser Sachlage kann nicht behauptet werden, daß der Anspruch des Angeklagten, wegen derselben Straftat nicht gleichzeitig vor zwei Gerichten sich verantworten zu müssen, verletzt worden wäre. In dieser Hinsicht ist daher der Beschwerde der Boden entzogen. Es gereicht dem Angeklagten — vom Standpunkt der früheren Rechtsprechung aus — auch nicht zur Beschwerde, daß ein förmlicher Einstellungsbeschluß zunächst nicht erlassen worden ist. Denn tatsächlich wurde durch das vom Amtsrichter eingeschlagene Verfahren dasselbe erreicht, was durch den beantragten förmlichen Einstellungsbeschluß erreicht werden sollte, nämlich das Aufhören jeder auf Verfolgung der Tat des Angeklagten vor dem Schöffengericht abzielenden Tätigkeit.

Hierdurch erledigt sich auch die Frage, ob dem erst nach Erlaß des angefochtenen Urteils ergangenen Einstellungsbeschlusse des Amtsgerichts eine Bedeutung für die Revision beigemessen werden könnte.

Der Verteidiger hat weiter geltend gemacht, daß das Verfahren von der Staatsanwaltschaft vor dem Schöffengericht zu über-

nehmen gewesen wäre und dort seinen Fortgang hätte nehmen müssen. Diese Einwendung wäre vom Standpunkt der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts aus sicher unbegründet. Die Beschwerde ist aber auch dann unbegründet, wenn bei Auslegung des § 417 StPD. von der vom erkennenden Senate jetzt vertretenen Rechtsanschauung auszugehen ist. Ist es nämlich danach richtig, daß das durch den Eröffnungsbeschluß des Amtsrichters bei dem Schöffengericht anhängig gewordene Verfahren an und für sich von der Staatsanwaltschaft in der Lage, in der er sich zur Zeit der Übernahme-Erklärung befand, also vor dem Schöffengericht, weiter zu betreiben war, so stand doch nichts im Wege, diese nunmehr in den Formen des amtlichen Verfahrens vor dem Schöffengericht zu betreibende Sache wegen ihres Zusammenhanges mit anderen vor dem Landgericht zu verhandelnden Strafsachen mit letzteren gemäß § 2 StPD. zu verbinden. Das ist hier geschehen. Der Angeklagte war außer der in der Privatklage behandelten Beleidigung des B. noch dreier weiterer selbständiger Beleidigungen des B. und einer Beleidigung des Staatsanwalts Dr. R. beschuldigt. Wie die letztgenannten vier Strafsachen unter sich zusammenhingen, so bestand auch zwischen ihnen und der in der Privatklage behandelten Strafsache ein die Verbindung gemäß § 2 rechtfertigender Zusammenhang im Sinne von § 3 StPD. Die zunächst in der Privatklage behandelte, hierauf von der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übernommene Strafsache ist also, mochte sie auch, für sich allein stehend, vor dem Schöffengericht zu verhandeln gewesen sein, dann in prozessual zulässiger Weise an die Strafkammer des Landgerichts gelangt, wenn anzunehmen ist, daß das Landgericht deren Verbindung mit den vor ihm zu verhandelnden anderen Strafsachen angeordnet hat. Daß es diese Anordnung im Eröffnungsbeschlusse getroffen hat, ergibt sich aus der Sachlage. Die Staatsanwaltschaft hatte die Übernahme-Erklärung im Sinne von § 417 Abs. 2 StPD. abgegeben und bei dem Landgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen aller gegen B. erhobenen Anklagen beantragt. In dem als Erwiderung auf die Anklageschrift eingereichten Schriftsatz, von dem die Kammer, die das Hauptverfahren eröffnet hat, pflichtmäßig Kenntnis genommen haben muß, hatte der Verteidiger erklärt, daß B. wegen der gleichen Äußerungen gegen R. bereits Privatklage erhoben habe, und daß

gegen R. das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet worden sei. Die fünf Strafsachen hingen nicht nur durch die Person des Täters im Sinne von § 3 daf. äußerlich zusammen, sondern sie standen auch innerlich zu einander in einem Verhältnisse, das ihre gleichzeitige Verhandlung vor einem und demselben Gericht als zweckmäßig erscheinen ließ. Wenn die Beschluskammer des Landgerichts bei solcher Sachlage für alle Strafsachen die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der Strafkammer beschloß, so hat sie dadurch bewußt und absichtlich die Strafsachen im Sinne der §§ 2. 4 StPD. verbunden und die in der Privatklage behandelte Sache auch dann auf prozessual zulässigem Wege der Strafkammer zugeführt, wenn sie für sich allein vor dem Schöffengericht zu verhandeln gewesen wäre.

Zuzugeben ist, daß es unter Zugrundelegung der von dem erkennenden Senate jetzt vertretenen Rechtsanschauung nicht ganz zutreffend war, daß die Beschluskammer auch bezüglich der in der Privatklage behandelten Strafsache das Hauptverfahren vor der Strafkammer eröffnet hat, statt sich darauf zu beschränken, das Hauptverfahren wegen der übrigen Strafsachen zu eröffnen und mit diesen die Strafsache, bezüglich deren das Hauptverfahren schon eröffnet war, förmlich zu verbinden. Aber dieser rein formale Mangel entbehrt jeder sachlichen Bedeutung und beschwert mithin den Angeklagten nicht, sodaß aus ihm ein den Bestand des Urteils gefährdendes Bedenken nicht hergeleitet werden könnte. . . .

Die Revision wurde in Übereinstimmung mit dem Antrag des Obergerichtsantworts verworfen."